Neustart GDolmG

Bundesverband der
Dolmetscher und Übersetzer
Nord

Hamburg, 14. Februar 2022

Appell des BDÜ Nord an die Politik für einen **Neustart** des GDolmG

Gesetzes über die allgemeine Beeidigung von gerichtlichen Dolmetschern (Gerichtsdolmetschergesetz – GDolmG) – einschließlich der Änderungen vom 25.06.2021

---

*Der einfacheren Lesbarkeit halber kürzen wir **Dolmetscher/Übersetzer** beziehungsweise Dolmetschen/Übersetzen im Text teilweise mit **D/Ü** ab. Zudem verwenden wir aus denselben Gründen durchgängig das generische Genus.*

Wir begrüßen grundsätzlich die Einführung des Gerichtsdolmetschergesetzes (GDolmG) auf Bundesebene. Dies ist ein wichtiger Beitrag für die Vereinheitlichung der noch immer sehr unterschiedlich gestalteten Standards für die allgemeine Beeidigung von gerichtlichen Dolmetschern in den Ländern. Uns ist sehr daran gelegen, dass auch für gerichtliche Übersetzer zeitnah bundesweit einheitliche Standards eingeführt werden.

Aufgrund der allzu zügigen Verabschiedung des GDolmG wurden leider – von uns und anderen Berufsverbänden geforderte – Änderungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens kaum berücksichtigt. Es wäre vermutlich besser gewesen, das GDolmG separat in Ruhe zu verhandeln und nicht nur als Unterpunkt zum „Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften". In unserer ersten Stellungnahme zum Thema vom Oktober 2019 haben wir bereits wichtige notwendige Änderungen benannt.

Diese und weitere sind dringend vorzunehmen, bevor das GDolmG zum 01. Januar 2023 in Kraft treten soll, damit die Bundesländer noch genügend Zeit haben, ihre Landesjustizgesetze entsprechend anzupassen. Je mehr sachlich und fachlich sinnvolle Änderungen jetzt sofort eingebracht werden, desto einfacher wird es für die Bundesländer, ihre Landesjustizgesetze entsprechend anzupassen. Bringen Sie Veränderungsvorschläge in den aktuellen Gesetzgebungsprozess ein, setzen Sie sich dafür ein, dass die endgültige Verabschiedung erst dann in die weiteren Gremien geht, wenn alle unklaren Punkte beseitigt wurden. Helfen Sie, Zeit- und Kostenaufwand einzudämmen, indem Sie sich für klare gesetzliche Regelungen stark machen wie hier aufgeführt.

Die zu ändernden Punkte im GDolmG im Einzelnen:

1. **Das GDolmG soll für alle Arten der Sprachübertragung gelten**

   Im Gesetz werden lediglich „*Dolmetscher in Verfahren*" genannt. Dabei erledigen Dolmetscher allein die mündliche Sprachübertragung. Wir halten es gerade im Hinblick auf die Umsetzung des GDolmG in die Landesjustizgesetze für dringend geboten,

sämtliche Arten der Sprachübertragung im GDolmG zu regeln. Es droht ansonsten ein sehr unübersichtlicher Regelungskatalog, der nicht vermittelbar ist.

2. **Das Gesetz soll für alle Verfahrensarten und staatlichen Stellen einschließlich Behörden gelten. Dabei soll der Einsatz qualifizierter Sprachmittler Pflicht werden.**

   Uns ist es wichtig ausdrücklich auszuführen, dass dieses Gesetz nicht nur für sämtliche möglichen Verfahrensarten bei Gericht, sondern grundsätzlich für sämtliche Behörden (auch Polizei) anzuwenden ist. Der Ansatz einiger Behörden bundesweit auch unqualifizierte Sprachhelfer einzusetzen oder Sprachbegleiter selbst „auszubilden", oder „ausbilden" zu lassen, und diese dann anstelle qualifizierter Dolmetscher oder Übersetzer zu beauftragen, muss ein Ende haben – im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und im Interesse aller Beteiligten.

   Sie finden ausführliche Begründungen dazu auch auf unserer Website unter dem Punkt Dolmetschen im Gesundheits- und Gemeinwesen.

3. **Die erforderlichen Fachkenntnisse für die Beeidigung von Dolmetschern müssen klar formuliert werden.**

   Neben den aufgeführten Punkten sollten etwa Kenntnisse über **Berufsethik/ Rollenverständnis für D/Ü** ebenfalls ausdrücklich als Anforderung genannt werden. Dies kann auch über einen KMK-Beschluss erfolgen, unser Dachverband hat das in seinem Positionspapier ausgearbeitet. Das gleiche gilt für Kenntnisse der Dolmetscharten und Praxis in der **Technik des D/Ü in beide Sprachrichtungen** (Deutsch und Fremdsprache). Diese Anforderung sollte **einheitlich** für alle Bundesländer gelten und keinesfalls aufgeweicht werden können. Der KMK-Beschluss vom 17.12.2020 ist zwar eine gute Grundlage; nur ist dieser noch immer völlig veraltet. Er baut auf einem sehr viel älteren Beschluss auf und enthält leider keine **Anpassung** an die inzwischen gewohnten technischen Gegebenheiten. So wird etwa die Möglichkeit, Prüfungen mit **modernen Medien** (Tablet, Laptop) abzulegen, nicht erwähnt. Auch **modular** gestaltete **Prüfungen** und Prüfungsmöglichkeiten sowie die Einrichtung von **Fachakademien**, wie es in Bayern gängige Praxis ist, sind kein Thema.

4. **Alternative Befähigungsnachweise sollen zugelassen werden - hier ist mehr Flexibilität nötig.**

   Die alternativen Befähigungsnachweise sollten auch und insbesondere für diejenigen Personen definiert werden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des GDolmG bereits eine Beeidigung/Ermächtigung erhalten haben; siehe dazu auch unten Punkt 6 **Bestandsschutz**. Deren entsprechend (auch ohne Prüfung) nachgewiesene Fachkenntnisse müssen mit berücksichtigt werden.

In **§ 4 Abs. 2 Punkt 3** muss die **IHK-Prüfung** auf „**Dolmetscher**" (anstatt „Übersetzer) geändert werden. Es gibt diese spezifische Dolmetscher-IHK-Prüfung und Interessierte können sie ablegen. Es ist nicht vermittelbar, dass hier allein die Übersetzerprüfung genannt wird, obgleich es um Dolmetscher geht. Das ist unseres Erachtens zu kurz gesprungen und chaotisch geregelt.

In **§ 4 Abs. 3 Satz 2** werden eine „**Eignungsprüfung**" oder ein „**Anpassungslehrgang**" erwähnt. Diese sind **nirgends** sonst zu finden, auch nicht im KMK-Beschluss vom 17.12.2020. Deshalb gilt es zu präzisieren, wie genau diese „Eignungsprüfungen" und „Anpassungslehrgänge" **bundesweit einheitlich** konzipiert und abgenommen werden sollen. Wir raten, hierzu dringend die KMK mit einbeziehen. Solche **einheitlichen** Angebote sollen sich zudem nicht nur an ausländische, sondern genauso an inländische Interessierte richten. (siehe Absatz 1 in diesem Punkt).

5. **Die Regeln für die Beeidigung sollen auch für Übersetzer gelten (gemäß § 189 GVG).**

   Die Beeidigung gemäß § 189 GVG ist derzeit beschränkt auf Dolmetscher und sollte nach Möglichkeit auch auf die Ermächtigung für Übersetzer erweitert werden. Das GVG ist bereits entsprechend ausgelegt.

6. **Bestandsschutz soll ins Gesetz aufgenommen werden, die Befristung der Beeidigung kann ersatzlos wegfallen.**

   Alle einmal allgemein **beeidigten** und **ermächtigten** Sprachmittler sollten grundsätzlich dem **Bestandsschutz** unterliegen. Die Aktualisierung als unkomplizierte **Verwaltungshandlung** scheint uns völlig ausreichend. Wir können nicht erkennen, warum einmal erbrachte und **unbefristet gültige Befähigungsnachweise**, die wie Abitur-Zeugnisse, Universitäts-Diplome, Prüfungs-Urkunden o.ä. anzusehen sind, alle fünf Jahre wieder vorgelegt werden sollen.

   Bei aller Sympathie für eine regelmäßige Qualitätskontrolle, ist nicht nachvollziehbar, warum die Grundlage für die **grundsätzliche Beeidigung** in Frage gestellt wird.

   Wer einmal als Handwerker eine Meisterprüfung bestanden hat, muss sie ja auch nicht alle fünf Jahre erneut ablegen oder ihre Gültigkeit neu bescheinigen lassen. Da wir von unserer Seite Wert auf eine hohe und verlässliche Qualität legen, kann eine **Pflicht zur fachlichen Weiterbildung**, soweit es dafür **geeignete Angebote** gibt, nach unserer Ansicht durchaus verankert werden.

   Warum sollten für die **Sprachmittlerberufe Dolmetscher** und **Übersetzer** abweichende und zudem nachteilige Regelungen beim **Bestandsschutz** gelten?

Generell entsteht lediglich ein hoher **Zeit-, Kosten-, und Verwaltungsaufwand**, wenn **Beeidigungen** und **Ermächtigungen** plötzlich **enden**, die ursprünglich **unbefristet** ausgestellt wurden. Dies haben vergleichbare Fälle in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen vor ein paar Jahren gezeigt – wir raten dringend, dazu dies **nicht** schon wieder und diesmal gar in allen Bundesländern zu wiederholen. Das Ergebnis wäre äußerst nachteilig: Gerichtsverfahren könnten platzen, die Rechtsstaatlichkeit gerät in Gefahr, weil kein Dolmetscher zur Verfügung steht, weil Fristen nicht eingehalten werden können.

Bereits bestehende **Beeidigungen/Ermächtigungen** sollten im Sinne der Rechtsstaatlichkeit auf jeden Fall und ohne weitere Bedingungen **erhalten** werden. Zugleich sollten Betroffene die Möglichkeit haben, fehlende **fachliche Nachweise** nachzureichen, wenn sie möchten und soweit dies von den **staatlichen Prüfungsämtern angeboten** wird. Die **Ergänzungsnachweise oder alternativen Befähigungsnachweise** sollten bundesweit einheitlich, per Prüfung nachweisbar und vor allem **modular** aufgebaut sein. So könnten gezielt einzelne Module belegt werden, die jeweils mit einer **staatlichen bzw. staatlich anerkannten modularen Prüfung** abschließen. Einen Zwang dazu darf es aber nicht geben. Die **alternativen Befähigungsnachweise** beispielsweise über langjährige Berufstätigkeit müssen weiterhin **anerkannt** werden.

Zur Qualitätssicherung halten wir einen **gesetzlich** verankerten **Schutz der Berufsbezeichnung** für geeignet. Den gibt es bisher nicht. So wäre es möglich, nur Personen mit einem entsprechenden **qualifizierten Abschluss** (einer Hochschule oder einer staatlichen (anerkannten) Prüfung oder mit als gleichwertig anzuerkennenden Nachweisen bzw. langjähriger Berufserfahrung zu erlauben, sich überhaupt als **Dolmetscher/Übersetzer/Sprachmittler** zu bezeichnen. Siehe dazu auch KMK-Beschluss vom 17.12.2020) sowie den nächsten Punkt 7.

7. **Es reicht, die Aktualisierung der Beeidigung als reinen Verwaltungsakt zu handhaben.**

Die Angaben von **Kontaktdaten** und ähnlichem sind lediglich auf verwaltungstechnische Art zu befristen. Die **Aktualisierung** als unkomplizierte **Verwaltungshandlung** scheint uns völlig ausreichend, siehe dazu auch Punkt 6. Die jeweils zuständigen Behörden sind gehalten, die **Aktualität** der Kontaktdaten und **Erreichbarkeit** der **Beeidigten/Ermächtigten** regelmäßig abzufragen, um die Aktualität der **Justizdolmetscher-Datenbank** zu gewährleisten, die auch von Privatpersonen genutzt wird. Es gibt auch Behörden, die alle paar Jahre von sich aus eine Sicherheitsabfrage zur Person vornehmen, mit Wissen und Einverständnis des Sprachmittlers. Dies ist nicht zu beanstanden.

Die zusätzliche Beauftragung zur **Programmierung** einer **Anwendung (App) für Smartphones** erscheint uns sehr sinnvoll für mehr Anwenderfreundlichkeit und damit die **Beeidigten** und **Ermächtigten** von **Gerichten, Behörden** und **Privatpersonen** leicht gefunden und gegebenenfalls darüber sogar beauftragt werden können.

8. **Die Beeidigungsurkunde muss unbefristet gültig sein.**

   Da die Beeidigung selbst nicht befristet sein sollte (siehe Punkt 6 und 7), kann dieser Punkt komplett entfallen.

9. **Die Verarbeitung und Aktualisierung der Kontaktdaten von Sprachmittlern muss klar geregelt sein.**

   Dieser Punkt ist grundsätzlich sinnvoll und gut. Die zu speichernden Daten sollten verbindlich **bundesweit einheitlich** vorgegeben werden. Mindestens die Büroadresse oder irgendeine andere zuverlässige Kontaktmöglichkeit sollte angegeben werden. Werden keine Kontaktdaten angegeben, kann der Sprachmittler nicht beauftragt werden.

   Bei der Suche nach Sprachmittlern, sind sich **nicht** alle Suchenden des **Unterschieds zwischen D/Ü** bewusst. Das kann für die Nutzer klarer gestaltet werden: indem man hinter das Wort „***Dolmetscher***" in Klammern beispielsweise „*für mündliche Sprachübertragung*" bzw. hinter das Wort „***Übersetzer***" in Klammern „*für schriftliche Sprachübertragung*" setzt.

   In **Absatz 5** steht: „*Die Eintragung ist ..., ~~nach Ablauf der Befristung,~~ ... zu löschen*". Da die **Befristung** der Beeidigung grundsätzlich **entfallen** soll, ist dieser Absatz entsprechend anzupassen.

10. **Keiner darf sich unbefugt als Dolmetscher oder Übersetzer ausgeben – dies sollte ein Straftatbestand sein und nicht nur eine Ordnungswidrigkeit.**

    Es handelt gemäß § 11 Abs. 1 **GDolmG ordnungswidrig**, wer sich unbefugt mit den angegebenen Bezeichnungen benennt oder eine Bezeichnung führt, die damit verwechselt werden kann. Das sollte grundsätzlich unseres Erachtens einen **Straftatbestand** darstellen, der entsprechend zu ahnden ist.

    Es sollte ebenfalls dringend aufgenommen werden, dass auch **strafbar** handelt, wer eine Bezeichnung führt, die der im § 6 genannten **zum Verwechseln ähnlich** ist.

    Zudem erscheint uns die Geldbuße in Punkt (2) mit dreitausend Euro deutlich zu niedrig. Um Missbrauch wirksam vorzubeugen und (potenzielle) Täter nachhaltig abzuschrecken sollte sie auf **fünftausend** Euro erhöht werden.

11. **Die Kosten für die Beeidigung der Sprachmittler müssen bundesweit einheitlich sein oder besser komplett gestrichen werden.**

    Die in § 12 GDolmG genannten **Kosten für die Beeidigung** dürfen unseres Erachtens keinesfalls gemäß den landesrechtlichen Kostenvorgaben angesetzt werden, sondern wenn überhaupt dann **bundeseinheitlich.** Somit werden etwaige Standortvor- oder -nachteile für die Betroffenen ausgeschlossen. Dies gebietet auch der Grundsatz der **Gleichbehandlung**.

    Zudem ist zu überlegen, ob diese **Kosten** grundsätzlich **entfallen** können. Denn beeidigte Dolmetscher und ermächtigte Übersetzer erfüllen eine **wichtige hoheitliche Aufgabe** im Hinblick auf die **Rechtsstaatlichkeit** und das verdient Würdigung. Der Verwaltungsaufwand für diese Aufgaben dürfte zudem eher höher sein als der Gewinn aus diesen Gebühren in der Haushaltskasse.

12. **Das Gesetz soll dazu verpflichten, Dolmetscher und Übersetzer aus der amtlichen Liste auszuwählen und direkt zu beauftragen.**

    Die Vorgaben zur Beauftragung von D/Ü müssen unseres Erachtens **in allen Bundesländern für alle Gerichte, Notare und Behörden gleich** sein: demnach sind zwingend **vorrangig** beeidigte D/Ü aus der amtlichen Liste direkt zu laden. Für **seltene Sprachen**, oder wenn zu wenige oder keine D/Ü für die benötigte Sprache verfügbar sind, dürfen in begründeten Fällen auch nichtbeeidigte D/Ü gerufen werden.

    Für seltene Sprachen oder Sprachen mit erhöhtem Bedarf sollten **staatliche bzw. staatlich anerkannte Fortbildungsmöglichkeiten** geschaffen werden, die mit einer **staatlichen oder staatlich anerkannten Prüfung** abschließen. So können diese Engpässe mittel- bis langfristig behoben werden. Es erscheint uns sinnvoll, die einzelnen Kompetenzen als **Module** anzubieten. Der KMK-Beschluss vom 17.12.2020 ist entsprechend anzupassen.

    Hier ist der Markt zu beobachten und die **staatlichen Prüfungsämter** sollten sich regelmäßig absprechen, ob und welche **Sprachen** neu hinzukommen sollen (oder auch wegfallen können, was eher seltener der Fall sein dürfte).

13. **Die Ladung von Sprachmittlern über Agenturen soll nicht zugelassen werden. Stattdessen hat eine individuelle Ladung nach DSGVO oder BDSG zu erfolgen.**
    (DSGVO Datenschutzgrundverordnung, BDSG Bundesdatenschutzgesetz)

    Die mit einem Verfahren betrauten D/Ü sind zwingend direkt und **persönlich** zu laden. In unserer Berufssparte ist weithin bekannt, dass bei einer **Ladung über Agenturen** der **Datenschutz** allzu häufig **nicht gewährleistet** wird. So kommt es vor, dass Anklageschriften per **E-Mail ohne Verschlüsselung** blind an verschiedene Ü versendet

werden, um eine möglichst niedrigpreisige und rasche Übersetzung anfertigen zu lassen – das geht zu Lasten von Vertraulichkeit und Qualität.

Es gibt genug Beispiele dafür, dass aufgrund von schlechter Übersetzungsqualität Verfahren verzögert oder neu aufgerollt werden müssen – dies ist eine zeitliche und finanzielle Belastung für alle Beteiligten und nicht zuletzt für den Steuerzahler.

Auch der **Datenschutz** ist hier ein wichtiges Thema. **Beeidigte/ermächtigte D/Ü** unterliegen einer **Pflicht zur Einhaltung von DSGVO/BDSG**. Der sind **Agenturen nicht** unterworfen. Da es sich bei gerichtlichen und behördlichen Angelegenheiten meist um **besonders schützenswerte persönliche Daten** handelt, sollten die Auftraggeber höchsten Wert darauf legen, dass die für sie aktiven D/Ü mit diesen Daten sicher und datenschutzgerecht umgehen.

Es wäre zudem wünschenswert, **beeidigten D/Ü** ein kostenfreies **elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach** zu stellen um eine **verschlüsselte elektronische Übertragung von Nachrichten** zu gewährleisten.

14. **Sprachmittler brauchen ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Akteneinsicht.**

    Zur **Verbesserung der Qualität** von Übersetzungen und Dolmetschungen im Interesse aller Beteiligten in einem Gerichtsverfahren und bei Behörden sollte den ohnehin **zur Verschwiegenheit und Vertraulichkeit verpflichteten** beeidigten Dolmetschern und ermächtigten Übersetzern ein **gesetzlich verbrieftes Recht auf Akteneinsicht** gewährt werden. Dies fehlt hier im Entwurf oder im JVEG völlig und wir bitten dringend um Nachbesserung.

15. **Vorgaben für einheitliche, nummerierte Stempel mit Landes- oder Bundeswappen (für Übersetzer) sollten ins Gesetz aufgenommen werden.**

    Die Beauftragung, Herstellung und Vergabe der **Stempel** müssten von einer oder mehreren **institutionellen beeidigten Stellen** übernommen werden. Die Handhabe kann sich an den Verfahren orientieren, die für amtlich bestellte Sachverständige/ Gutachter schon heute gängige Praxis sind.

16. **Das Gesetz muss Sprachmittlern in Ermittlungen und Strafverfahren das Recht auf Anonymität gewähren.**

    Sprachmittler unterstützen die Arbeit bei **polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen** sowie bei **gerichtlichen** Verfahren. Die staatlichen Ermittler werden in den Akten aus gutem Grund mit einem **anonymisierten Kürzel** benannt, um ihre **Identität** zu **schützen**. Das sollte auch für Dolmetscher und Übersetzer gelten: Die Originale der Übersetzungen, auf denen der Name und ggf. auch die Anschrift des Übersetzers vermerkt sind, ebenso wie die Namen der Dolmetscher bei zum Beispiel

Abhörmaßnahmen oder Vernehmungen und Befragungen sollten zu deren Schutz (und dem ihrer Familien) ebenfalls nur **anonymisiert** in den Akten vermerkt werden.

Dies sollte insbesondere für Verfahren in Sachen Extremismus, Terrorismus und Organisierte Kriminalität schnellstens umgesetzt werden.

17. **Das Recht auf verbindliche Bezahlung der Sprachmittler nach den Sätzen des JVEG ist unerlässlich und gehört ins GDolmG.**
(JVEG Justizvergütungs- und –entschädigungsgesetz, GVG Gerichsverfassungsgesetz)

    Für Justiz, Notare und Behörden tätige **ermächtigte Übersetzer** und **beeidigte Dolmetscher** erbringen ihre Leistungen nach den strengen Vorgaben des **JVEG** und gemäß dem **GVG**. Entsprechend sollte geregelt werden, dass sie bei Beauftragung durch staatliche Stellen auch jederzeit **verbindlich** nach den Sätzen des JVEG bezahlt werden, die auch durch **Rahmenverträge gemäß § 14 JVEG** nicht unterlaufen werden dürfen.

18. **Ein Nachweis der Kenntnisse der deutschen Rechtssprache sollte ebenfalls als staatliche Prüfung vorgeschrieben werden.**

    Nach unserem Verständnis sollten auch die aktuellen Vorgaben zum Nachweis der **Kenntnisse** der **deutschen Rechtssprache**, die für die Beeidigung schon heute in einigen Bundesländern nachzuweisen sind, über die KMK bundeseinheitlich entwickelt, abgestimmt und abgeprüft werden. So könnten sie schließlich als **staatliche** oder staatlich anerkannte **Prüfungen** modelliert und fest etabliert werden. Wenn private Organisationen und Verbände – wie etwa auch der BDÜ und der BDÜ Nord – solche Kurse anbieten, halten wir es für sinnvoll, dass der **Staat** die **Prüfungen** anbietet. Staatliche **Vorbereitungskurse samt Prüfung** sind willkommen.

    Denn wenn der **Gesetzgeber** – wie im GDolmG und den entsprechenden Ländergesetzen vorgesehen – den **Nachweis** einer bestandenen **staatlichen** (oder **staatlich anerkannten**) **Prüfung** zum Dolmetscher/Übersetzer verlangt, dann muss er die Möglichkeit zum Ablegen dieser **Prüfungen** auch selbst und **vor Ort verbindlich anbieten**, siehe dazu auch unsere Punkte 3, 4, 7 und 12 weiter oben. Das ist etwa bei Schul- oder Berufsabschlüssen auch der Fall.

Sie haben Fragen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung. Sie erreichen die Unterzeichnete per E-Mail unter vorsitz@nord.bdue.de oder telefonisch unter 040 21982698 oder 0176 23416605.

Wer sind wir? Der Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) ist mit mehr als 7 500 Mitgliedern der größte deutsche Berufsverband der Branche. Er repräsentiert damit gut 80 Prozent aller organisierten Dolmetscher und Übersetzer in Deutschland und ist Ansprechpartner für Handel, Industrie, Politik und Ausbildungswesen. Der BDÜ vertritt seit über 60 Jahren die Interessen von Dolmetschern und Übersetzern – sowohl in Deutschland als auch international.

In den vier Bundesländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind wir als BDÜ Landesverband Nord e.V. zuständig.

Catherine Stumpp
1. Vorsitzende